



Kriege würden heute auch über das Netz geführt, das zeige auch der in der Ukraine, so Innenminister Strobl. Auch deshalb hält er mehr Investitionen für die Cybersicherheit für notwendig. Dem Innenministerium lägen Hinweise auf Hackerangriffe vor.

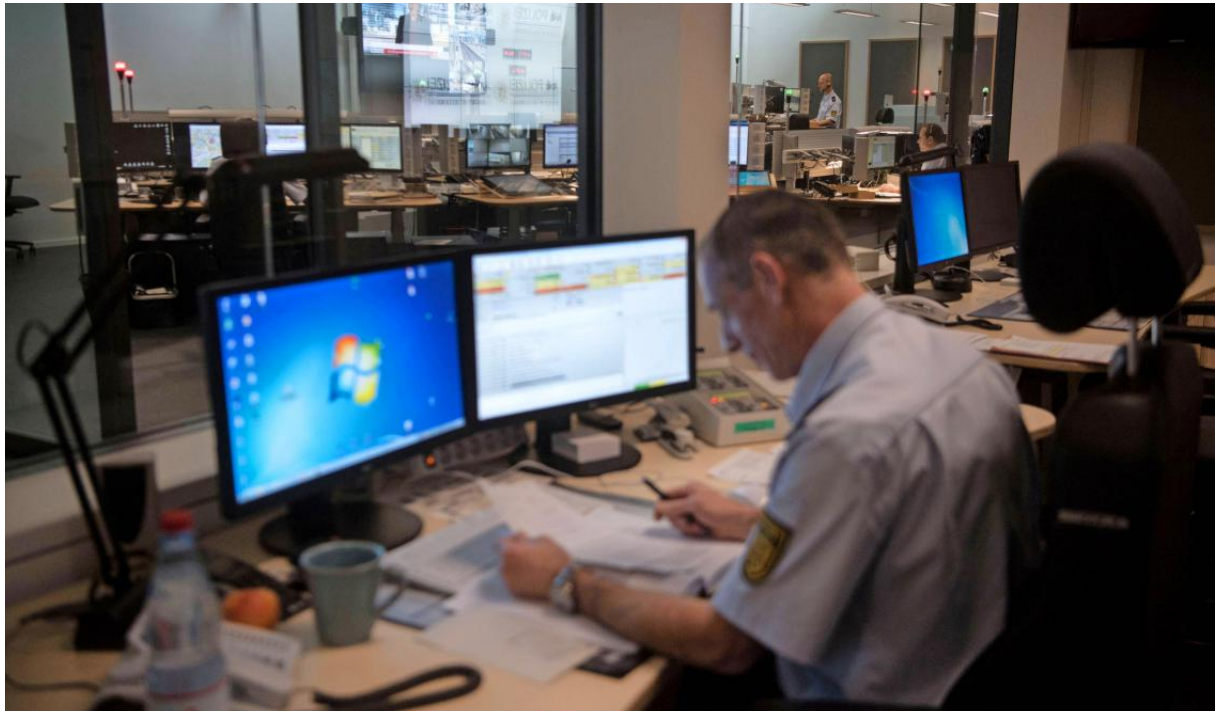
Von Jennifer Reich

STUTTGART. „Der Krieg in der Ukraine zeigt uns ganz unmissverständlich und schonungslos: Kriege werden heute auch über das Netz geführt“, sagte Innenminister Thomas Strobl (CDU) kürzlich beim vierten Cybersicherheitsforum in Stuttgart. „Cyberangriffe, Propaganda und Desinformation sind Teil dieses Kriegs. Dagegen müssen wir uns wappnen.“ Man müsse künftig nicht nur für die territoriale Souveränität, sondern auch für die digitale Souveränität Sorge tragen.

Innenminister Strobl: Sicherheit kostet Geld

Dem Innenministerium liegen Hinweise vor, wonach Hackerangriffe unmittelbar bevorstehen könnten. „Wir müssen deshalb verstehen: Ein hohes Maß an Cybersicherheit wird uns auch etwas kosten. Sicherheit kostet Geld.“ Investitionen in die Cybersicherheit seien notwendig. „Denn das sind Investitionen in die Sicherheit unseres Landes, in unsere Versorgungssicherheit und die Unversehrtheit unserer lebenserhaltenden Infrastrukturen“, so Strobl.

Sicherheitsbehörden sehen erhöhte Gefährdung



Die Digitalisierung schreitet voran und damit steigt auch das Risiko, Opfer eines Cyberangriffs zu werden. FOTO: DPA/MARIJAN MURAT

Die Cybersicherheitsarchitektur wurde laut Ministerium mit der Cybersicherheitsstrategie und der Gründung der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW) auf ein neues Fundament gestellt. Und so war ein Thema vergangene Woche beim Cybersicherheitsforum auch, welche Behörde welche Aufgaben übernimmt und wie Synergien geschaffen werden können. Das erläuterten die Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz, Beate Bube, der Präsident des Landeskriminalamts, Andreas Stenger, und Ralf Rosanowski, Präsident der

CSBW. Dem Verfassungsschutz obliegt laut Bube als Nachrichtendienst die Zuständigkeit für Cyberspionage und Sabotage und auch für ein Thema, das immer mehr an Bedeutung gewonnen habe, die Spionage in

„Wir müssen künftig auch für die digitale Souveränität Sorge tragen.“

Thomas Strobl (CDU), Innenminister von Baden-Württemberg

Form von hybriden Bedrohungen: Stichwort Desinformation. „Darum kümmern wir uns in vielfältiger Hinsicht“, so Bube. Die Gefahren für Sabotage und Spionage sind ihr zufolge

dann besonders groß, wenn es etwas zu holen gebe, und Baden-Württemberg habe nicht nur eine starke Wirtschaft, eine starke Wissenschaft, starke Verwaltung, eine starke Infrastruktur. Insofern sei das Land attraktives Ziel für Spionage- oder Sabotage-Angriffe, die von fremden Staaten und deren Nachrichtendiensten ausgingen. Laut Rosanowski ergänzen sich die Zuständigkeiten der Behörden gut, die CSBW sei vor allem für Prävention zuständig, für das Vermitteln von Know-how an Mitarbeiter im öffentlichen Bereich und auch für Warnmeldungen.

Und man setze Standards mit Blick auf IT-Sicherheit in der Landesverwaltung, helfe gegebenenfalls aber auch beim Wiederherstellen der Systeme nach einem Angriff.

„Wir monitoren im Land, im Bund und international die Lage“

Um Doppelstrukturen zu verhindern, sei man permanent im Gespräch, es würden Vereinbarungen getroffen, so Stenger. „Ein Player allein ist gar nicht in der Lage, alle Probleme, die im Kontext zu bearbeiten sind, zu lösen. Insofern verhindert Vielfalt auch Einfalt. Wir setzen hier viel auf Vernetzung, auf Kooperation auf Kompetenzverbünde.“

Angesprochen auf die Bedrohungssituation durch den Ukraine-Krieg, sagt Bube: „Wir müssen in jedem Fall konstatieren, dass der Ukraine-Krieg einen massive Zunahme zunächst einmal des abstrakten Risikos bedeutet. Das ist eine völlig neue Situation.“

Auch im LKA ist man wachsam: „Wir monitoren im Land, im Bund und international die Lage“, sagt Stenger. Das „Awareness-Level“ sei hoch. Rosanowski verzeichnet bislang keinen erfolgreichen Angriff auf die IT-Infrastruktur der Landesverwaltung. „Wir haben technische Maßnahmen getroffen, um die IT noch sicherer zu machen.“ Das habe auf der anderen Seite aber Nachteile in der Verwaltung, weil bestimmte Arbeitsabläufe komplizierter und aufwendiger würden.

Kurz notiert

FDP-Landeschef schlägt Doppelspitze für Partei vor

BERLIN/STUTTGART. FDP-Landeschef Michael Theurer hat eine Doppelspitze für seine Partei vorgeschlagen. Damit könne die Arbeit verteilt und die Sichtbarkeit der Partei erhöht werden, sagte Theurer, der auch Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium ist, laut Medienbericht. Er könne sich dies auf allen Ebenen vorstellen – „nicht nur bei uns im Reformmotor Baden-Württemberg, sondern auch im Bund“, sagte er vor dem FDP-Bundesparteitag am Wochenende in Berlin. (lsw)

Termin für Gespräch von Aras und Badenern steht noch aus

KARLSRUHE/STUTTGART. Die Schlichtung zwischen Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) und Badenern im Streit um eine Tagung zum Landesjubiläum steht noch aus. Unklar war bis Redaktionsschluss auch, ob das Gespräch vor der Veranstaltung im Landtag zum 70. Bestehen des Landes am 4. Mai stattfindet. (sta)

Rechte Themen stärken laut Studie radikale Parteien

MANNHEIM. Am rechten Rand zu fischen, lohnt sich einer Studie zufolge für gemäßigte Parteien nicht. Zuweilen würden radikalere Parteien sogar gestärkt, weil Ansichten etwa zum Umgang mit Flüchtlingen gesellschaftskonformer werden. Das haben der Mannheimer Politikwissenschaftler Denis Cohen und Forscher von der Universität Wien und Oxford bei der Analyse von Wahl- und Umfrageergebnissen aus zwölf westeuropäischen Ländern herausgefunden. Die Daten reichen bis in die 1970er-Jahre zurück. (lsw)

Umwelt & Natur

Stadtgrün

In Neuenburg am Rhein löst die Landesgartenschau Investitionen von mehr als 80 Millionen Euro aus

Kleinster Ausrichter in der Geschichte / Stadt bekommt durch neue Parks direkte Anbindung an den Fluss



Die Grünanlagen zwischen Stadt und Rhein bleiben auch nach dem Ende der Gartenschau erhalten. FOTO: LGS NEUENBURG 2022/KÖHL

samt 15,4 Millionen Euro ausgegeben. 11,8 Millionen Euro flossen über die Landesgartenschau 2022 Neuenburg GmbH (LGS) als Veranstalterin. 3,6 Millionen Euro für die Umgestaltung des Stadtparks am Wuhrloch wurden aus dem städtischen Haushalt finanziert. Das Land schoss für die Landesgarten-

schau fünf Millionen Euro zu. Weitere 75 000 Euro kamen darüber hinaus aus dem Tourismusinfrastrukturprogramm hinzu. Das neue Gartenschau Gelände umfasst rund 23 Hektar. Vier Hektar hat der Stadtpark am Wuhrloch, der mit der Renaturierung des Klemmbachs deutlich aufgewertet

Schaugärten, sondern verbinden auch naturbelassene und gestaltete Areale. „Den Landschaftsarchitekten Geskes & Hack ist es auf überzeugende Weise gelungen, die Landschaftsräume behutsam neu zu ordnen, zu strukturieren und zu vernetzen und dabei gleichzeitig die natürlichen Gegebenheiten aufzunehmen“, lobt LGS-Geschäftsführer Nils Degen.

Grünflächen werden zum Naherholungsgebiet

Direkt am Fluss wurde die fast 700 Meter lange und 35 breite Rheinterasse angelegt. Die gilt als das Schmuckstück der Landesgartenschau. Sie steht ebenso wie die anderen neuen Grünflächen Bürgern und Besuchern nach dem Abschluss der Gartennschau am 3. Oktober langfristig als Erholungsgebiete zur Verfügung.

Neuenburg liegt im Dreiländereck in der Nähe von Basel und Mühlhausen auf der rechten Rheinseite. Die Stadt hat etwas mehr 12 000 Einwohner.

Kurz notiert

500 Bäume und Sträucher in den Parks neu gepflanzt

NEUENBURG. Um die Parkanlagen für die Landesgartenschau in Neuenburg anzulegen, wurden nach Angaben der Veranstalter rund 35 000 Tonnen Boden bewegt. Fast 500 Bäume und Sträucher seien gepflanzt worden und außerdem über 40 000 Blumenzwiebeln für den Wechselblüher und die Staudenbeete gesetzt worden. (jüs)

Daten und Fakten auf einen Blick

Maßnahme: Landesgartenschau 2022 in Neuenburg am Rhein	Planung: Geskes Hack Landschaftsarchitekten, Berlin
Bauherr und Veranstalter: Landesgartenschau 2022 Neuenburg am Rhein GmbH	Bauzeit: 9/2019 bis 4/2022
Veranstaltungszeitraum: 22. April bis 3. Oktober 2022	Investitionen: 15,4 Millionen Euro
Fläche: Rund 23 Hektar, davon 19 Hektar Rheingärten und vier Hektar Umgestaltung Stadtpark am Wuhrloch	Förderung: Fünf Millionen Euro vom Land aus dem Programm Natur in Stadt und Land 75 000 Euro aus dem Tourismusinfrastrukturprogramm



badenova
Energie. Tag für Tag